Stadtrat Nr. StR/004/2019 am 04.12.2019

Auszug aus der Niederschrift
der Sitzung des Stadtrates am 04.12.2019,

7.8. Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse
Vorlage: BV/368/2019/II-30

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf,** erklärt, dass die vorliegende Geschäftsordnung in mehreren Sitzungen der Arbeitsgruppe erarbeitet und auch im Hauptausschuss diskutiert wurde und verweist auf folgende zu Beginn der Sitzung an die Stadträte ausgereichten **Änderungsanträge** der Freien Fraktion und der Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste:

Ausgereichte Änderungsanträge der Freien Fraktion – vorgetragen und erläutert durch Herrn Dreibrodt:

1. Im § 6, Einwohnerfragestunde, Abs. (3) wird der letzte Satz wie folgt verändert und um einen Nachsatz ergänzt:
„Die Fragestunde soll auf höchstens 60 Minuten begrenzt werden. Im Bedarfsfall kann sie durch Entscheid des Ratsvorsitzenden verlängert werden.“

2. Im § 6, Einwohnerfragestunde, Abs. (4) wird der 3. Satz gestrichen und durch folgenden Satz ersetzt:
„Dazu reicht der Einwohner seinen Namen, seine Adresse sowie die Fragen in der Regel bis zum Tag der Sitzung um 15:30 Uhr schriftlich, elektronisch oder telefonisch im Büro des Stadtrates ein oder äußert seine Fragen unter Angabe von Namen und Adresse während der Einwohnerfragestunde.§

3. Im § 6, Einwohnerfragestunde, Abs. (5) wird das Wort „nicht“ gestrichen. Der Satz heiß damit wie folgt:
Angelegenheiten der Tagesordnung können Gegenstand der Einwohnerfragestunde sein.“

4. Im § 11, Geschäftsordnungsanträge, wird ein Absatz (5) wie folgt neu aufgenommen:
(5) Sind die Anträge „Schluss der Rednerliste“ oder „Schluss der Aussprache und Abstimmung“ erfolgreich, wird Fraktionen oder fraktionslosen Stadträten, die noch nicht zum betreffenden Tagesordnungspunkt gesprochen haben, auf Wunsch ein einmaliges Rederecht eingeräumt.

Ausgereichte Änderungsanträge der Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste – vorgetragen und erläutert von Herrn Dr. Melchior:

1. Im § 5, Ausschluss der Öffentlichkeit, Abs. (1) wird der nach der Aufzählung am Ende stehende Satzteil „sofern das öffentliche Wohl oder schutzwürdige Interessen Dritter berührt werden.“ Neu wie folgt gefasst:

„sofern das öffentliche Wohl oder berechtigte Interessen Einzelner einer öffentlichen Beratung entgegenstehen.“

2. Der § 6, Einwohnerfragestunde, Abs. (5) wird wie folgt gefasst:

„Angelegenheiten der Tagesordnung des Stadtrates können nicht Gegenstand der Einwohnerfragestunde sein. Diese Einschränkung findet in den Ausschüsse keine Anwendung.

In der Diskussion stellt **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke,** den **Änderungsantrag,** im § 6 Einwohnerfragestunde Absatz (4) nach dem letzten Satz einzufügen:

„Eine spontane Fragestellung in der laufenden Einwohnerfragestunde ist möglich.“

Herr Mrosek, Alternative Fraktion, spricht sich ebenfalls dafür aus, Bürger spontan in der Einwohnerfragestunde zu hören. Jedoch sollten sich die Bürgerinnen und Bürger zu ihrem Namen und wo sie herkommen bekennen, da die Stadträtinnen und Stadträte und auch die Verwaltung das Recht haben, zu wissen, wer fragt, auch wenn es diesbezüglich eine Empfehlung des Städte- und Gemeindebundes gibt.

Herr Fricke erklärt, dass sich die **SPD-Fraktion** den Anträgen Nr. 1 und Nr. 2 der Freien Fraktion anschließt. Was die Nennung der Namen in der Einwohnerfragestunde anbelangt, hat auch er keine Bedenken hinsichtlich des Datenschutzes. Zu Bedenken gibt er, dass das Recht den Einwohnern dieser Kommune zusteht, wenn allerdings einer bspw. aus Köthen kommt, hätte er dieses Recht nicht. Deshalb kann er sagen, wie er heißt und wo er wohnt.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, schlägt vor, die heute vorgebrachten Änderungsanträge in einer Sondersitzung des Haupt- und Personalausschusses zu beraten und die Beschlussvorlage somit zu vertagen.

Herr Adamek, CDU-Fraktion und Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues-Forum/Bürgerliste, sprechen sich ebenfalls für eine Vertagung der Beschlussvorlage aus. Jedoch wird kritisiert, dass die Arbeit der Arbeitsgruppe mit der Einreichung der Anträge infrage gestellt wird und das Anliegen für die Formulierung des Punktes Einwohnerfragestunde war, sofort eine Antwort erteilen zu können.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, spricht sich gegen eine Vertagung aus, da in den Arbeitsgruppensitzungen viel behandelt wurde. Die heute vorgebrachten Anträge sollten abgestimmt und die Geschäftsordnung beschlossen werden. Er kann sich nicht vorstellen, in einer weiteren Sitzung zu neuen Erkenntnissen zu kommen.

Der **Antrag auf Verweisung** der Beschlussvorlage an den Haupt- und Personalausschuss wird mehrheitlich **angenommen** (27:12:04).

F. d. R. d. A.

Hösel
Schriftführer